ausgeschlossen worden war. Für die Parteiendemokratie muss dies kein Schaden sein. Andere Demokratien leben seit Jahrzehnten gut mit Mehrparteienkoalitionen. Vielmehr durchläuft die deutsche Politik einen Lernprozess, an dessen Ende durchaus ein gelassenerer Umgang mit Wahlergebnissen stehen kann, die nicht zu dem ursprünglichen strategischen Kalkül passen.

Da die Bezeichnung Volkspartei, wie dieser Beitrag gezeigt hat, zu viele Konnotationen mit sich herumschleppt, die man besser vermeiden sollte, sei an dieser Stelle nochmals an Alf Mintzels Petitum im Buch zu den *Ratlosen Riesen* erinnert, der seinerzeit (leider mit wenig Erfolg) dafür plädiert hat, die Bezeichnung Volkspartei aufzugeben und diese schlicht (und neutral) als Großparteien zu bezeichnen (Wildenmann 1989: 34f.).

Allerdings sind die ›Ratlosen Riesen‹ seither deutlich geschrumpft – zwar sind sie noch nicht zu Zwergen geworden, aber die Bezeichnung *Großpartei* scheint angesichts der Prozent- und Stimmenzahlen denn doch etwas gewagt. Eher haben wir es inzwischen mit *Mittelparteien* zu tun, die sich mit dieser neuen Rolle schwer tun. Über Jahrzehnte gewohnt, im 40-Prozent-Bereich miteinander zu konkurrieren, findet der Wettbewerb nun eine Etage tiefer statt und die SPD muss bisweilen schon damit zufrieden sein, wenn das Ergebnis klar über der 20-Prozent-Marke liegt und die Grünen auf Distanz gehalten werden können. Angesichts der strukturellen Veränderung der Wählerschaft und des Parteiensystems insgesamt ist auch nicht damit zu rechnen, dass die Volksparteien ihre alte Dominanz zurückgewinnen. Daraus folgt eine erhebliche Orientierungslosigkeit, die sich in teils aufgeregten Debatten über die Rückbesinnung auf den vermeintlichen Markenkern oder in Debatten über die Angemessenheit des politischen Führungspersonals niederschlagen. Insofern ist die Titelzeile nur teilweise polemisch: Wir haben es zwar noch nicht mit Zwergen zu tun, aber ratlos sind sie allemal.

Was bleibt also vom Mythos Volkspartei? Nicht viel, jenseits der deutlich schwächer gewordenen wahlpolitischen Vorherrschaft. Die im Bundestag vertretenen Konkurrenten sind programmatisch ähnlich breit aufgestellt, die Mitgliederzahlen der Großparteien sind erheblich gesunken und der selbst formulierte Anspruch auf eine besondere Gemeinwohlorientierung ist ohnehin demokratietheoretisch zumindest fragwürdig. Das Ende der Volksparteien erleben wir deshalb natürlich nicht. Für die ernsthafte politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung wäre es jedoch allemal ein Gewinn, wenn das Schrumpfen der Großparteien dazu führte, dass der normativ aufgeladene und demokratietheoretisch problematische Begriff der Volkspartei aus der Diskussion verschwände.

Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?

Armin Schäfer

»Laut Grundgesetz sind Wahlen gleich, unmittelbar, geheim und frei. Und dieses ›frei‹ schließt auch das Recht ein, sich der Stimme zu enthalten. Da gibt es den Kollegen, der am Samstag [sic] seinen Wahlzettel durchstreichen wird, wie er es schon seit Jahren tut. Es gibt den Dirigenten und Hochschulprofessor, der nicht wählt. Es gibt einen EU-Beamten, einen Politologen und drei gute Freunde der Tochter. Alles bekennende Nichtwähler.«
(Roll, Süddeutsche Zeitung, 21.09.2009)

1. Der Mythos: Die Nichtwähler sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen[1]

Die Nichtwähler sind, folgt man Medienberichten zum Thema, in der Mitte der Gesellschaft angekommen: »Nichtwähler gibt es in allen sozialen Schichten, und ihr Weltbild ist höchst unterschiedlich«, stellen die Stuttgarter Nachrichten (Weithofer, Stuttgarter Nachrichten, 23.09.2009) fest. Ebenso hebt die *Rheinische Post* hervor: »Der Nichtwähler trägt eben nicht nur Aldiletten und schlurft durch die Fußgängerzone, er fährt auch Mercedes auf dem Weg in sein Büro, in dem er das Sagen hat« (Jüngermann, Rheinische Post, 01.09.2009). Unter den Nichtwählern finden sich »neben den gesellschaftlichen Randgruppen durchaus mehr und mehr saturierte Mittelschichtler und junge Individualisten« (Fetscher, Der Tagesspiegel, 20.09.2009). Auch Akademiker und Intellektuelle bekennen sich immer öfter zur Nichtwahl. So erklärt der Schriftsteller Maxim Biller, dass er bisher erst ein einziges Mal gewählt habe (Prüfer, Die Zeit, 27.8.2009), sein Kollege Thomas Brussig lobt die Nichtwähler, weil er Wahlkämpfe als Zumutung empfindet (Brussig, Der Tagesspiegel, 24.08.2009), und auch der Volkswirtschaftsprofessor Max Otte verkündet, nicht wählen zu wollen (Roll, Süddeutsche Zeitung, 21.09.2009).

1 Für nützliche Hinweise danke ich Martin Höpner und Martin Schröder. Wertvolle Recherchearbeit hat Katharina Päffgen geleistet.

Der vielleicht bekannteste Nichtwähler ist der frühere *Spiegel*-Autor und heutige Handelsblatt-Chefredakteur Gabor Steingart. In »Die Machtfrage. Ansichten eines Nichtwählers« macht er seinem Unmut über die Parteien und die politische Klasse Luft und fordert Gleichgesinnte zur Nichtwahl auf: »Unsere Demokratie ist nicht durch innere oder äußere Feinde bedroht, sondern durch Erschlaffung. Ich kündige den politischen Parteien die Gefolgschaft, weil ich von der Politik deutlich mehr erwarte – mehr Ernsthaftigkeit, mehr Anstrengung, mehr Ehrgeiz« (Steingart 2009: 181). Steingart will das Nichtwählen als Warnschuss an die Parteien verstanden wissen. Stellten die Nichtwähler die größte Gruppe der Wahlberechtigten, so seine Erwartung, könnten die Parteien dies nicht länger ignorieren (ebd.: 195).

Da die Nichtwähler allen Schichten entstammen, so wird häufig gefolgert, schadet eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie nicht. »Man könne«, so der Parteienforscher Tilman Mayer, »das fehlende Interesse an einer Wahl ja auch so interpretieren, dass die Nichtwähler ein großes Vertrauen in die wählenden Mitmenschen und die politische Elite haben: Ist eh alles in Ordnung, ich muss nicht wählen« (Onkelbach, Rheinische Post, 01.09.2009). Karl-Rudolf Korte sieht den Trend einer sinkenden Wahlbeteiligung als umkehrbar an, da die meisten Nichtwähler »temporäre Nichtwähler« seien (Unterscheidung fiel schwer, Rheinische Post, 31.08.2009). In ähnlicher Weise äußert der Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter am Tag vor der Bundestagswahl, dass ihn die Wahlbeteiligung nicht sonderlich interessiert, weil sich unter den Nichtwählern »viele Leute [finden], die mit der allgemeinen Lage zufrieden sind und nicht glauben, dass sie unbedingt wählen müssen« und anderswo noch weniger Menschen wählen (Prochaska, Süddeutsche Zeitung, 26.09.2009).

Falls der typische Nichtwähler zwar politisch interessiert, aber (temporär) von den Parteien enttäuscht ist, muss man sich über die Höhe der Wahlbeteiligung wenig Sorgen machen. Denn in diesem Fall bleiben vor allem jene um die Demokratie besorgten »kritischen Bürger« (Norris 1999) der Wahlurne fern, die sich anderweitig politisch engagieren (Hoffmann-Jaberg/Roth 1994) und wieder wählen gehen, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern. Sollte dies allerdings nicht der Fall sein und sich gerade unter den Politikfernen, den Uninteressierten und Enttäuschten überproportional Menschen mit geringer Bildung und geringem Einkommen finden, wäre eine sinkende Wahlbeteiligung aus demokratietheoretischer Sicht höchst bedenklich. Sollte sich also – im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung – die Kluft in der Wahlteilnahme von Gutsituierten und sozial Schwachen vergrößern, dann gerät das Grundprinzip der Demokratie in Gefahr, das darauf basiert, dass alle Interessen die gleiche Chance haben müssen, im politischen Prozess berücksichtigt zu werden (Dahl 1989: 104). Die Frage nach der sozialen Bedingtheit der Wahlenthaltung steht daher im Mittelpunkt dieses Beitrags.

2. Die politikwissenschaftliche Nichtwählerforschung

Lange Zeit hat die politikwissenschaftliche Forschung den Nichtwählern nicht sonderlich viel Aufmerksamkeit geschenkt. Einzelne Studien zur Wahlbeteiligung und den Nichtwählern wurden in Deutschland Anfang der siebziger Jahre veröffentlicht. In ihnen dominiert ein nüchterner Blick auf die Nichtwähler, was angesichts der bis in die siebziger Jahre steigenden Wahlbeteiligung wenig überrascht (Radtke 1972; Wernicke 1976). Zudem korrigiert Lavies (1973) die ohnehin geringe Zahl der damaligen Nichtwähler durch den Nachweis, dass etwa die Hälfte von ihnen weder aus Protest noch Gleichgültigkeit nicht wählt: Zum einen gibt es »unechte Nichtwähler«, die fälschlich in der Statistik auftauchen, weil sie verzogen oder verstorben sind, und zum anderen Wahlberechtigte, die aus nicht-politischen Gründen wie etwa Krankheit verhindert sind. Bei den »echten Nichtwählern« findet Lavies Muster, die weiterhin Bestand haben. Jüngere wählen seltener und Beamte haben eine höhere Wahlbeteiligung als Arbeiter (Lavies 1973: Kapitel 5 & 8).

In den achtziger Jahren wurde das Thema Nichtwahl so wenig erforscht, dass Falter und Schumann (1994) Anfang der neunziger Jahre den Nichtwähler als »das unbekannte Wesen« bezeichnen. Da die Wahlbeteiligung bei der ersten gesamtdeutschen Wahl deutlich unter der vorheriger Wahlen liegt, nimmt zu dieser Zeit das Interesse an den Nichtwählern wieder zu. Einerseits entsteht eine Debatte, ob eine niedrige Wahlbeteiligung der Demokratie abträglich ist. Während Roth (1992) sie als »Normalisierung« und Bürklin (1992) als Folge der »partizipatorischen Revolution« begreifen und deshalb in der Wahlbeteiligung kein Gütekriterium der Demokratie erkennen, sieht Feist (1992) die Legimitation politischer Herrschaft durch eine niedrige Wahlbeteiligung gefährdet. Zum anderen werden die Nichtwähler erneut zum Gegenstand empirischer Forschung. Eine umfassende Studie, die auf einer schriftlichen Befragung von etwa 20.000 Stuttgarter Bürgern beruht,

legt Eilfort (1994) vor. Obwohl er eine wachsende Kluft zwischen un- und angelernten Arbeitern einerseits und höheren Angestellten und Beamten andererseits nachweist und einen engen Zusammenhang zwischen Bildung und der Wahlteilnahme findet, erkennt er in der sinkenden Wahlbeteiligung kein Krisensymptom. Erstens sei noch keine westliche Demokratie an einer zu niedrigen Wahlbeteiligung gescheitert und zweitens fänden sich unter den Nichtwählern auch »[b]ewusste, politisch interessierte und sich aus einem konkreten Grund enthaltende Bürger«, die »›bessere‹ Demokraten sein [können] als ›formale Wähler‹, die für Politik und das politische System wenig übrig haben« (ebd.: 297).

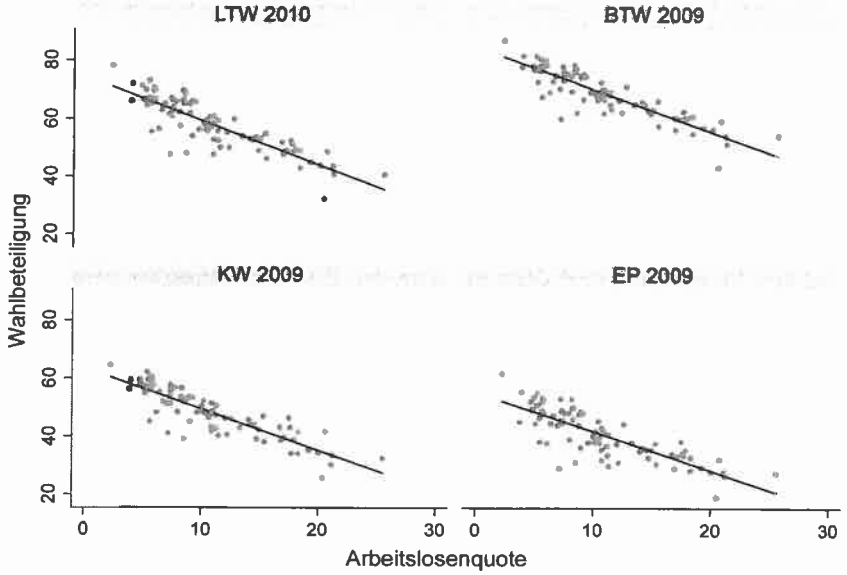
Andere Autoren nehmen dagegen an, dass die Nichtwähler schlechter über Politik informiert sind und sich auch weniger für sie interessieren (Armingeon 1994). Im Gegensatz zu den sechziger und siebziger Jahren hat zudem die gefühlte Wahlpflicht, also die Überzeugung, dass ein anständiger Staatsbürger wählen muss, an Bedeutung verloren. Eine sinkende Wahlbeteiligung führt zur positiven Selektion der Informierten und Interessierten und kann dadurch die Qualität der Demokratie sogar verbessern. In dieselbe Kerbe schlägt Kleinhenz (1995), dessen zentraler Befund die wachsende Heterogenität der Nichtwähler ist. Zwar besteht ein positiver Effekt von Bildung, Erwerbsstruktur und Einkommen auf die Wahlbereitschaft, aber sozio-ökonomische Merkmale erklären die wachsende Wahlabstinenz nur zu einem geringen Teil (ebd.: 113). Wichtiger sind Faktoren wie die Parteiidentifikation, Unzufriedenheit mit den Parteien und Politikern oder das politische Interesse. Zudem ist der Einfluss der Bildung auf das Wahlverhalten gerade bei den Jüngeren nicht mehr entscheidend, weil unter ihnen auch höher Gebildete zur Nichtwahl neigen (ebd.: 119). Stattdessen erklärt der Rückgang der Wahlnorm die Bereitschaft zur Nichtwahl, die sich in allen Bevölkerungsschichten ausbreitet. Für die Stabilität der Demokratie ist die Wahlbeteiligung nicht so wichtig, so das Fazit, weil alte Demokratien wie die Schweiz oder die USA noch niedrigere Beteiligungsraten haben und die Nichtwähler »zum größten Teil als ›Bürger der Mitte‹ einzuordnen« sind (ebd.: 228–229).

International vergleichende Studien fragen, welchen Einfluss die Höhe der Wahlbeteiligung auf das Abschneiden der Parteien oder auf Politikinhalte hat (siehe Lutz/Marsh 2007). Hier überwiegt die Auffassung, dass die Effekte der Wahlbeteiligung gering und daher nicht demokratieschädlich sind. Im Gegensatz dazu behauptet Radcliff (1994), dass eine höhere Wahlbeteiligung bei Präsidentschaftswahlen in den USA nicht nur die Demokraten begünstigt, sondern teilweise zu anderen Ergebnissen geführt hätte. Im internationalen Vergleich und im Vergleich der deutschen Bundesländer zeigen Pacek und Radcliff (1995), dass eine niedrige Wahlbeteiligung sich negativ auf das Abschneiden linker Parteien auswirkt. Doch andere Studien bezweifeln dies. Sowohl van der Eijk und van Egmond (2007) als auch Fisher (2007) finden höchstens moderate Effekte der Wahlbeteiligung. Einen systematischen Nachteil von Mitte-Links-Parteien können sie nicht erkennen.

Ein Grund für die widersprüchlichen empirischen Ergebnisse könnte darin liegen, dass die Parteien auf die sinkende Wahlbeteiligung reagieren und ihre Programme und Ziele nicht an den Bürgern insgesamt ausrichten, sondern vielmehr an den (erwarteten) Wählern. So weisen Pontusson und Rueda (2010) nach, dass Mitte-Links-Parteien auf wachsende Einkommensungleichheit nur dann mit dezidiert linken Programmen reagieren, wenn die Wahlbeteiligung hoch und damit gleichmäßig ist. Dies stimmt mit einer Reihe weiterer Studien überein, die einen Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Großzügigkeit des Sozialstaats nachweisen: Je höher die Wahlbeteiligung, desto größer die Sozialausgaben (Hicks/Swank 1992) und desto mehr Umverteilung findet statt (Mahler 2008). Die Wahlbeteiligung, so legen diese Studien nahe, verändert möglicherweise nicht die parteipolitische Zusammensetzung der Parlamente, weil sich die Parteien programmatisch an den Wählern orientieren, wohl aber die dort gestaltete Politik.

Politikbeobachter in Medien und Wissenschaft reagieren überwiegend gelassen auf das Sinken der Wahlbeteiligung. Wir sind alle potenzielle Nichtwähler, lautet die Botschaft. Auf den ersten Blick ist diese Beobachtung nicht falsch. Schließlich können sich die Nichtwähler nicht ausschließlich aus randständigen Gruppen rekrutieren, wenn 30 oder mehr Prozent der Wahlberechtigten der Wahlurne fernbleiben. Unter den Nichtwählern finden sich daher notwendigerweise Bürger aller Bildungsschichten und Berufsgruppen. Doch sind sie, und das wäre der demokratietheoretisch entscheidende Befund, in unterschiedlicher Häufigkeit vertreten. Im Folgenden soll daher dieser Frage auf den Grund gegangen werden. Im Mittelpunkt der Analysen steht zunächst die Frage, ob sich die Wahrscheinlichkeit, an einer Wahl teilzunehmen, zwischen Schichten, Bildungs- und Einkommensgruppen signifikant unterscheidet und, zweitens, ob ein Trend zu einer zunehmenden sozialen Kluft beobachtet werden kann.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung in den 86 Kölner Stadtteilen in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote

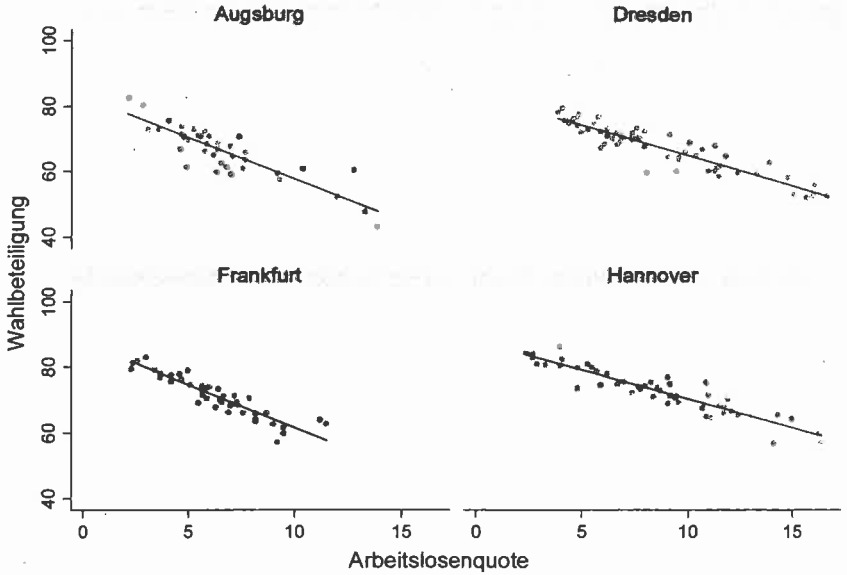


Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik Köln, eigene Zusammenstellung.

3. Wo die Wahlbeteiligung sinkt – und wo nicht

Der Höhepunkt der Wahlbeteiligung lag in Deutschland in den siebziger Jahren. Bei allen Wahlen lag die Wahlbeteiligung in diesem Jahrzehnt am höchsten. Seither sinkt sie flächendeckend. Erst waren vor allem Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen betroffen, doch inzwischen fällt die Wahlbeteiligung auch bei Bundestagswahlen. Dieser Trend gilt nicht nur für alle Wahlarten, sondern auch für alle Bundesländer. Nirgends ist die Wahlbeteiligung heute so hoch wie noch zu Beginn der neunziger Jahre. Bei Landtagswahlen ist inzwischen eine Wahlbeteiligung von unter 60, bei Kommunalwahlen unter 50 und bei Europawahlen unter 40 Prozent keine Seltenheit mehr. Dieser Rückgang bleibt nicht ohne Konsequenzen für die Zusammensetzung der Wählerschaft. Denn die vergleichende Forschung zeigt: Je niedriger die Wahlbeteiligung, desto sozial ungleicher ist sie (Kohler 2006; Mahler 2008). Nichtwähler verteilen sich nicht gleichmäßig über alle Schichten. Dies lässt sich einerseits durch den Blick auf die räumliche Verteilung der

Abbildung 2: Wahlbeteiligung und Arbeitslosenquote in den Stadtteilen von vier Großstädten



Quelle: Statistikämter von Augsburg, Dresden, Frankfurt und Hannover, eigene Zusammenstellung.

Wähler und andererseits durch die Auswertung von Umfragen nachweisen. In beiden Fällen zeigt sich eine Spreizung der Wahlbeteiligung: Während Bessergestellte weiterhin mit hoher Wahrscheinlichkeit wählen, bleiben viele Arme zu Hause.

Die Geografie der Nichtwahl

Nicht überall in Deutschland wählen heute weniger Menschen als früher. In Hamburg-Blankenese, Köln-Marienburg oder Berlin-Zehlendorf ist von einem Rückgang der Wahlbeteiligung wenig zu spüren. In diesen gehobenen Stadtteilen liegt die Rate der Wahlteilnahme weiterhin annähernd auf dem Niveau früherer Jahre. Ganz anders stellt sich dies in städtischen Problembezirken dar, wo Arbeitslosigkeit und Armut verbreitet sind. In Hamburg-Wilhelmsburg, Köln-Chorweiler oder Berlin-Neukölln sind Wähler bei Landtags- und Kommunalwahlen längst eine Minderheit. Dies verdeutlicht Abbildung 1. Sie zeigt am Beispiel Kölns, wie unterschiedlich die Wahlbeteiligung bei Europa-, Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen inner-

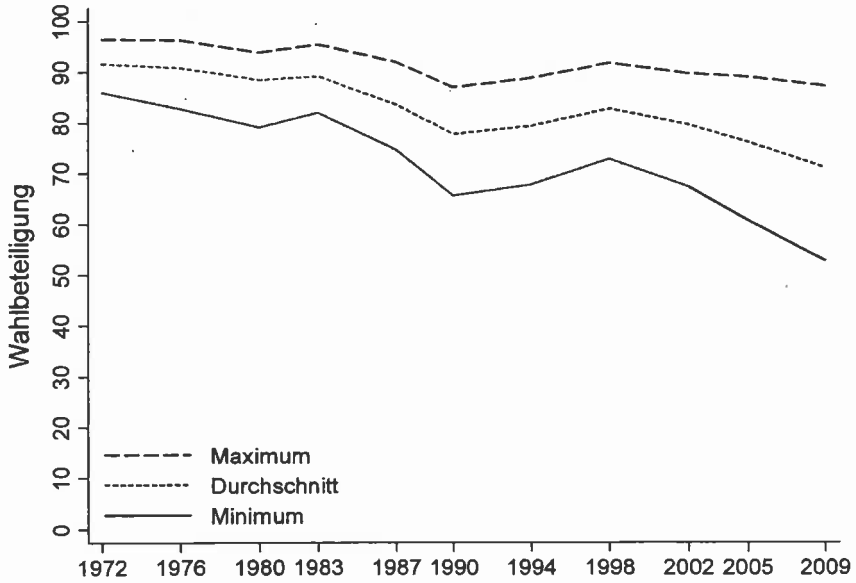
halb einer Stadt ausfällt. Jede Markierung steht für einen der 86 Kölner Stadtteile. Auf der horizontalen Achse ist als Indikator für soziale Problemlagen die Arbeitslosenquote der Stadtteile abgetragen, auf der vertikalen Achse die Wahlbeteiligung. Der Zusammenhang ist eindeutig: Je höher die Arbeitslosigkeit in einem Stadtteil, desto niedriger die Wahlbeteiligung. Die Korrelation zwischen Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung ist so hoch, dass wer das Ausmaß der Arbeitslosigkeit von zwei Stadtteilen kennt, mit großer Treffsicherheit vorhersagen kann, wo die Wahlbeteiligung höher ausfallen wird.[2] Dies gilt für alle Wahlen, auch wenn sie sich im Niveau der Beteiligung unterscheiden. Noch immer wählen mehr Menschen bei Bundestagswahlen als etwa bei Kommunal- oder Europawahlen, bei denen in Nichtwählerhochburgen bis zu drei Viertel der Wahlberechtigten der Wahlurne fernbleiben.

Dieses räumliche Muster der Nichtwahl ist keine Kölner Besonderheit, sondern kennzeichnet alle deutschen Großstädte. Abbildung 2 zeigt für so unterschiedliche Städte wie Augsburg, Dresden, Frankfurt und Hannover denselben Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und einer geringeren Wahlbeteiligung. Bei allen Wahlen und in allen Großstädten gilt: Die Zahl der Nichtwähler steigt mit der Armut eines Stadtteils. Nun ließe sich vermuten, dass die Wahlbeteiligung in armen Stadtteilen schon immer niedrig war. Das ist aber nicht richtig. Die Unterschiede sind, wie sich Abbildung 3 am Beispiel Bremens entnehmen lässt, im Zeitverlauf angewachsen. Lagen bei der Bundestagswahl 1972 lediglich zehn Prozentpunkte zwischen dem Stadtteil mit der höchsten und dem mit der niedrigsten Wahlbeteiligung, ist der Abstand seither kontinuierlich größer geworden. Bei der Bundestagswahl 2009 lagen 35 Prozentpunkte zwischen den Extremen. Bemerkenswert ist, dass sich die Werte für die Spitzenreiter wenig verändern. In manchen Bremer Stadtteilen gehen bei Bundestagswahlen weiterhin fast 90 Prozent der Wahlberechtigten wählen. Der Rückgang der durchschnittlichen Wahlbeteiligung erklärt sich durch die rückläufige Beteiligung in anderen Stadtteilen. Und wie in allen anderen Städten war auch in Bremen die Wahlbeteiligung in armen Stadtteilen besonders niedrig.

Der Blick auf Stadtteile lässt zwar keine Aussage darüber zu, wer die Nichtwähler im Einzelnen sind. Doch eindeutig ist, in welchen Quartieren

2 Abbildung 1 sähe nicht anders aus, ersetzte man die Arbeitslosenquote etwa durch den Anteil der Bedarfsgemeinschaften, das durchschnittliche Einkommen oder das Durchschnittsalter von Erstgebärenden (je jünger Frauen im Durchschnitt bei der Geburt ihres ersten Kindes in einem Stadtteil, desto niedriger ist die Wahlbeteiligung). Alle diese Indikatoren sind Ausdruck der sozialen Segregation von Großstädten.

Abbildung 3: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Bremer Stadtteilen



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, eigene Zusammenstellung.

sie anzutreffen sind. Das Bild einer gleichmäßig verbreiteten Wahlmüdigkeit bekommt bei diesen Zahlen Risse. Denn die Wahlbeteiligung ist in benachteiligten Quartieren viel geringer als in Siedlungen mit Einfamilienhäusern oder in Villenvierteln. Bei der Bundestagswahl 2009 lagen in Dresden 27 Prozentpunkte zwischen dem Stadtteil mit der höchsten und dem mit der niedrigsten Wahlbeteiligung, in Dortmund waren es 35, in Nürnberg 40 und Hamburg mehr als 45 Prozentpunkte. In besonders armen Stadtteilen wählt selbst bei Bundestagswahlen nur noch jeder zweite.

4. Wer die Nichtwähler sind

Nach der Analyse der räumlichen Verteilung der Wahlbeteiligung werden in diesem Abschnitt Umfragen ausgewertet, um zu ermitteln, wer die Nichtwähler sind. Dies geschieht in drei Schritten. Im ersten wird untersucht, wie sich für unterschiedliche soziale Gruppen die Bereitschaft zu wählen im

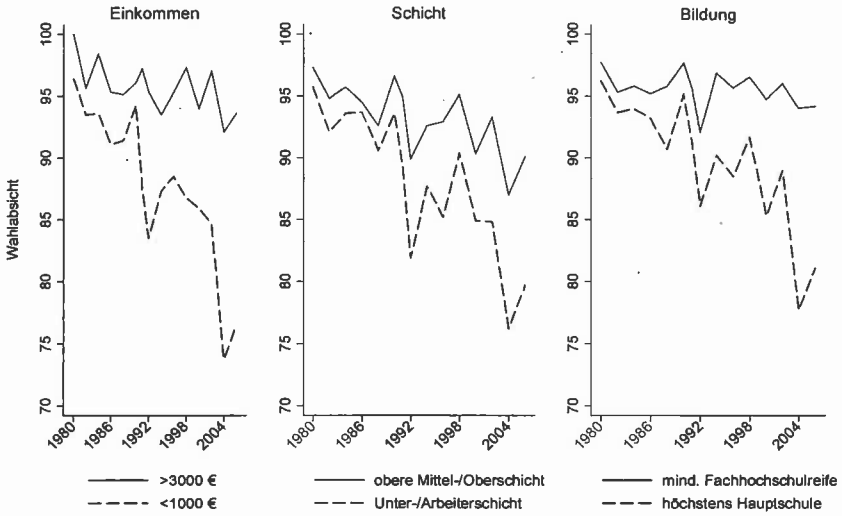
Zeitverlauf entwickelt hat. Gab es Ende der siebziger Jahre kaum einen Unterschied in der Wahlbereitschaft, wächst seither die Kluft zwischen unten und oben. Anschließend wird gezeigt, dass auch bei der Bundestagswahl 2009 deutliche Unterschiede zwischen Schichten, Bildungs- und Einkommensgruppen in der Wahlteilnahme bestanden. Die Wahrscheinlichkeit, zu den Nichtwählern zu gehören, ist für Angehörige der Oberschicht viel geringer als für Angehörige der Unterschicht. Schließlich wird im dritten Schritt analysiert, welche Einstellungen dazu führen, ob jemand wählt oder nicht.

Die wachsende Kluft der Wahlteilnahme

Mit Hilfe amtlicher Statistiken wie etwa der Repräsentativen Wahlstatistik lässt sich nicht detailliert bestimmen, wer die Nichtwähler sind. Deshalb ist der Rückgriff auf Umfragen notwendig, der auch nicht ohne Tücken ist, da es eine Tendenz gibt, nicht wahrheitsgemäß, sondern sozial erwünscht zu antworten. Dies zeigt sich daran, dass in Umfragen ein kleinerer Anteil der Befragten bekennt, nicht gewählt zu haben, als es tatsächlich Nichtwähler gibt. Umfragedaten lassen daher vor allem Aussagen über »bekennende Nichtwähler« zu. Mit der *Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften* (ALLBUS) liegen Erhebungen vor, die über einen Zeitraum von drei Jahrzehnten immer wieder Bürger nach ihrer Absicht gefragt haben, wählen zu gehen. Bei den frühesten Umfragen zeigen sich kaum Unterschiede in der Wahlbereitschaft zwischen unterschiedlichen Schichten und Bildungsgruppen (Abbildung 4). Nur eine kleine Minderheit gab an, nicht wählen zu wollen. Für Befragte mit hoher Bildung und Angehörige der oberen Mittel- und Oberschicht ändert sich daran im Zeitverlauf wenig. Mehr als 90 Prozent der Befragten dieser Gruppen geben konstant an, ihre Stimme abgeben zu wollen. Ganz anders stellt sich die Situation bei Menschen mit geringer Bildung oder aus niedrigen Schichten dar. Bei ihnen wächst der Anteil der Nichtwähler im Zeitverlauf deutlich. Insbesondere in den letzten anderthalb Jahrzehnten ist die Wahlbereitschaft dieser Gruppen eingebrochen.

In Abbildung 4 werden jeweils die Extremgruppen verglichen. Befragte mit mittlerer Bildung oder mittlerem Einkommen liegen dazwischen. Auch bei diesen Gruppen nimmt die Wahlbereitschaft ab, aber der Rückgang ist weniger stark als bei den sozial Schwachen. Diese Spreizung zeigt sich daran, dass die Wahrscheinlichkeit, zu den Nichtwählern zu gehören, stärker als in

Abbildung 4: Wahlbereitschaft nach Einkommen, Schicht und Bildung, 1980–2006



Quelle: Kumulierter Allbus 1980–2006 (ZA-Nr. 4241), eigene Berechnung.

der Vergangenheit von sozialen Merkmalen der Befragten abhängt. Nun ist es denkbar, dass sich Schichten und Bildungsgruppen nicht in der tatsächlichen Wahlbeteiligung, sondern vor allem darin unterscheiden, ob sie sich zur Nichtwahl bekennen. Möglicherweise sind gering Gebildete bei gleichem Verhalten eher dazu bereit, ihre Wahlverweigerung zuzugeben. Dafür spricht, dass auch die Akzeptanz der Wahlnorm mit Einkommen, Bildung und Schichtzugehörigkeit steigt. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass die Internalisierung der Wahlnorm zwar zu falschen Angaben führt, aber keinen Einfluss auf das tatsächlich Verhalten ausübt. Die Unterschiede zwischen sozialen Schichten mögen geringer ausfallen, als die hier berichteten. Doch der Trend, dass überproportional gering Gebildete und Angehörige niedriger Schichten nicht mehr wählen, wird davon nicht berührt.

Die Bundestagswahl 2009

Wenn die Entscheidung, nicht zu wählen, rein situativ erfolgte und unabhängig von sozialen Merkmalen wäre, müsste sich die Gruppe der Nichtwähler von Wahl zu Wahl unterscheiden – was jedoch nicht der Fall ist. In der Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl 2009 der *German Longitudinal*

Election Study (GLES) wurde nicht nur gefragt, ob die Interviewten an dieser Wahl teilgenommen haben, sondern auch, ob sie bei der letzten Bundestagswahl, der letzten Landtags- oder Europawahl ihre Stimme abgegeben haben. Aus diesen Angaben zu früheren Wahlen kann bestimmt werden, wie häufig jemand in der Vergangenheit gewählt hat. Ein so ermittelter Index reicht von Personen, die bei keiner der drei der Bundestagswahl 2009 vorausgegangenen Wahlen gewählt haben, bis zu jenen, die immer gewählt haben. Wenn wir zwei (statistisch ermittelte) Frauen miteinander vergleichen, die sich nur darin unterscheiden, an wie vielen Wahlen sie teilgenommen haben – während Alter, Bildung und Einkommen dem Durchschnitt entsprechen – zeigt sich, wie stark das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl vom vorherigen Verhalten abhängt. Eine Frau, die diesem Profil entspricht und an allen früheren Wahlen teilgenommen hat, wird mit einer 98-Prozentigen Wahrscheinlichkeit wieder wählen. Hat sie nur einmal nicht gewählt, bleibt die Wahlwahrscheinlichkeit mit über 90 Prozent sehr hoch. Sie sinkt jedoch auf erst auf 68, dann auf 33 Prozent, wenn zwei- oder dreimal nicht gewählt wurde. Mit jeder Nichtwahl in der Vergangenheit steigt die Wahrscheinlichkeit, auch in der Gegenwart nicht zu wählen. Die Nichtwähler sind keine sich bei jeder Wahl komplett neu zusammensetzende Gruppe, sondern es gibt einen Kern dauerhafter Nichtwähler, der etwa 20 Prozent der Befragten umfasst (verstanden als diejenigen, die mindestens an zwei von drei Wahlen nicht teilgenommen haben).[3]

Der Zusammenhang zwischen vergangenem und aktuellem Verhalten verdeutlicht, dass Wahlberechtigte nicht in großem Umfang spontan vor einer Wahl entscheiden, ob sie ihre Stimme abgeben. Stattdessen zeigt sich ein soziales Muster der Wahlabstinenz: Nur jeder zweite hat gewählt, der sich selbst zur Unterschicht zählt. Bei Angehörigen der oberen Mittel- und Oberschicht sind es dagegen 94 Prozent. Arbeiterschicht, untere Mittel- und Mittelschicht liegen aufsteigend dazwischen. Dasselbe Bild ergibt sich, wenn man die Befragten nach ihrem Einkommen aufteilt. Nur 67 Prozent des untersten Einkommensfünftels hat gewählt, während es mehr als 87 Prozent des obersten Fünftels sind. Wie bei der Schichtzugehörigkeit steigt die Wahlbeteiligung auch bei den Einkommensgruppen stufenweise an. Erneut zeigt sich, dass die Bereitschaft, wählen zu gehen, nicht zufällig über die Gesellschaft verteilt ist und die Nichtwähler nicht mehrheitlich der Mitte der Gesellschaft entstammen.[4]

3 Alle Angaben in diesem Absatz beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage des GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLES1103_Pre1.3).

Gründe für die Nichtwahl

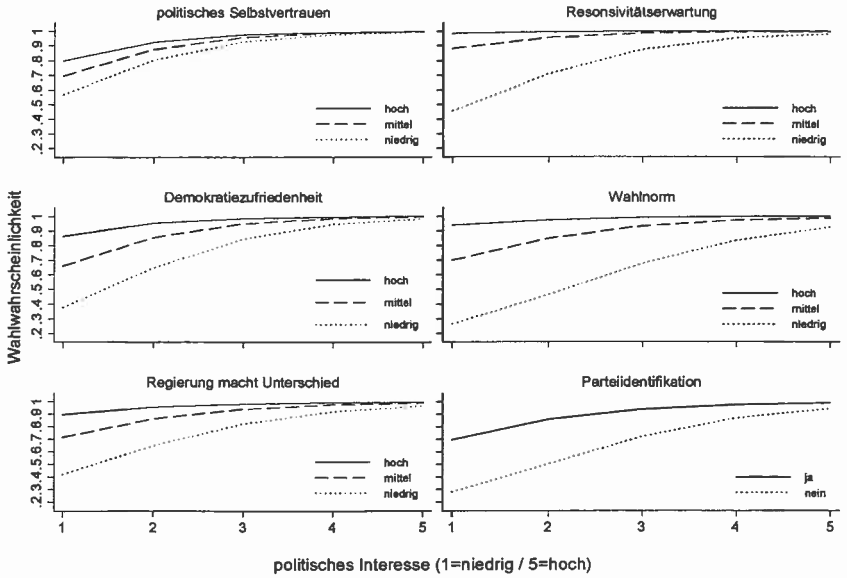
Wie im zweiten Abschnitt erläutert wurde, verweisen politikwissenschaftliche Studien in vielen Fällen auf politische Einstellungen, mit denen die Entscheidung erklärt werden kann, nicht zu wählen (Eilfort 1994; Kleinhenz 1995). Vor allem folgende Faktoren haben sich als partizipationsfördernd herausgestellt: (1) politisches Interesse; (2) politisches Selbstvertrauen (gemessen als negative Antwort auf die Aussage »Politik ist zu kompliziert für mich«); (3) die Erwartung, dass Parteien den Wählerwünschen folgen (»Responsivität«); (4) die Akzeptanz der Wahlnorm (»Wählen ist Bürgerpflicht«); (5) das Vorhandensein einer Parteibindung (»Parteiidentifikation«); (6) die Überzeugung, dass es einen Unterschied macht, wer regiert, und schließlich (7) der Grad politischer Entfremdung (hier »Demokratiezufriedenheit«).[5] Soziodemografische Merkmale – wie z.B. Bildung, Einkommen oder Schichtzugehörigkeit – werden dagegen als weniger zentral angesehen. Die Gegenüberstellung übersieht jedoch, dass Einstellungen ihrerseits durch soziale Merkmale bedingt werden.

Im ersten Schritt wird in Abbildung 5 dargestellt, wie sich die Wahlwahrscheinlichkeit mit wachsendem politischem Interesse verändert, wenn die anderen sechs Erklärungsfaktoren variiert werden. Unterstellt wird dabei, dass keine Unterschiede bei Geschlecht, Alter, Partnerschaft, Religiosität und Einkommen bestehen. Die von links nach rechts ansteigenden Kurven der sechs Teilgrafiken verdeutlichen, dass die Wahlwahrscheinlichkeit tat-

4 Ein statistischer Mittelwertvergleich von Wählern und Nichtwähler hinsichtlich ihres Einkommens, des Bildungsgrads und der Schichtzugehörigkeit ergibt in allen Fällen nichtzufällig Unterschiede. So liegt beispielsweise das Nettoeinkommen (nach Anzahl der Personen im Haushalt gewichtet) der Wähler bei 1.500 Euro, während es bei den Nichtwählern 1.180 Euro beträgt. Alle Angaben in diesem Absatz beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage des GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLES1103_Pre1.3).

5 Schließt man diese sieben Variablen sowie Geschlecht, Alter, Partnerschaft, Religiosität, Bildung und Einkommen in ein logistisches Regressionsmodell ein, das die Wahlteilnahme erklären soll, sind fünf mindestens auf dem Fünf-Prozent-Niveau signifikant (Interesse, Responsivität, Wahlnorm, Parteiidentifikation und Regierung macht Unterschied). Die Demokratiezufriedenheit ist auf dem Zehn-Prozent-Niveau signifikant, während das politische Selbstvertrauen nicht signifikant wird. Eigene Berechnung auf Grundlage des GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLES1103_Pre1.3).

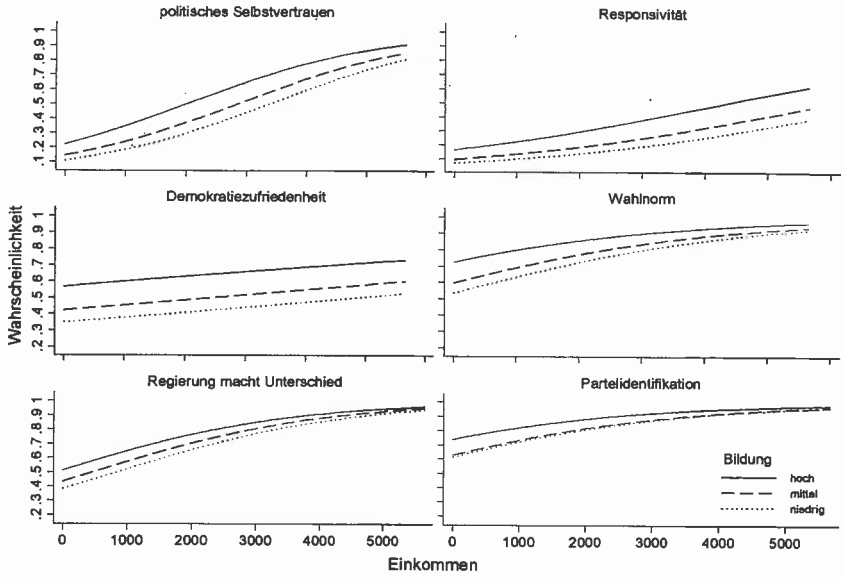
Abbildung 5: Wahlwahrscheinlichkeit in Abhängigkeit vom politischen Interesse



Quelle: GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLES1103_Pre1.3), eigene Berechnung. Grundlage dieser Abbildung ist eine logistische Regression, deren abhängige Variable die Wahlteilnahme an der Bundestagswahl 2009 ist. Dargestellt ist, wie sich die Wahlwahrscheinlichkeit (predicted probability) für eine religiöse, in Partnerschaft lebende Frau mit mittlerem Einkommen und mittlerer Bildung ändert, wenn das politische Interesse sowie jeweils eine weitere Variable verändert werden.

sächlich mit politischem Interesse zunimmt. Die Relevanz der anderen Faktoren zeigt sich daran, dass die Wahlwahrscheinlichkeit bei Personen durchweg höher liegt, die bei ihnen hohe Werte aufweisen, sodass beispielswiese Befragte, die mit der Demokratie zufrieden sind, mit höherer Wahrscheinlichkeit wählen. In allen Fällen zeigt sich, dass die Relevanz des politischen Interesses geringer ist, wenn andere partizipationsfördernde Einstellungen vorhanden sind. Beispielsweise wählt eine Person, die die Wahlnorm vollkommen akzeptiert, selbst dann, wenn sie sich nicht besonders für Politik interessiert. Besonders groß ist der Unterschied zwischen denen, die voll und ganz »(hoch«), etwas »(mittel«) oder gar nicht zustimmen »(niedrig«), bei der Wahlnorm, der Parteiidentifikation und der Überzeugung, dass es wichtig ist, wer regiert. Wer sich dagegen nur wenig für Politik interessiert und gleichzeitig das Wählen nicht als Bürgerpflicht begreift, sich nicht mit einer

Abbildung 6: Wahlfördernde Einstellungen in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen



Quelle: GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLES1103_Pre1.3), eigene Berechnung. Grundlage dieser Abbildung sind sechs logistische Regressionen, deren abhängige Variablen die in denTeilgrafiken genannten Items sind. Dargestellt ist, wie sich die Wahrscheinlichkeit (predicted probability) für eine religiöse, in Partnerschaft lebende Frau mittleren Alters ändert, diesen wahlfördernden Einstellungen stark oder stark zuzustimmen, wenn Einkommen und Bildung variieren.

Partei identifiziert oder nicht glaubt, dass Regierungswechsel Folgen haben, geht auch nicht wählen.

Im zweiten Schritt wird nun untersucht, inwieweit wahlfördernde Faktoren ihrerseits durch Einkommen und Bildung bestimmt werden. In Abbildung 6 wird dargestellt, wie sich die Wahrscheinlichkeit mit wachsendem Haushaltseinkommen verändert, stark oder sehr stark wahlfördernden Einstellungen zuzustimmen. Unterschieden werden zudem drei Bildungsgruppen (höchstens Hauptschule, mittlere Reife, mindestens Fachhochschulreife).[6] In allen sechs Teilgrafiken steigt die Zustimmungswahrscheinlichkeit mit dem Einkommen. Befragte mit höherem Einkommen vertreten mit höherer Wahrscheinlichkeit Einstellungen, die sich positiv auf die Wahlbereitschaft auswirken. Das Vertrauen in die eigene politische Kompetenz wie auch die Demokratiezufriedenheit steigen stark mit dem Einkommen. Wer ein gerin-

6 Erneut wird unterstellt, dass es keine Unterschiede bei Geschlecht, Alter, Partnerschaft und Religiosität gibt.

Tabelle 1: Bildungsgrad und Schichtzugehörigkeit der Parteianhänger

		Union	SPD	FDP	Grüne	Linke	Union & FDP	SPD, Linke & Grüne	SPD & Linke
Bildung	höchstens Hauptschule	45,2	50,3	21,2	14,4	43,0	40,8	41,4	47,6
	mittlere Reife	31,8	31,0	38,1	45,8	41,4	32,9	34,9	34,8
	mind. Fachhochschulreife	23,1	18,7	40,7	39,8	15,7	26,3	24,0	17,6
Schicht	Unter- & Arbeiterschicht	29,5	31,2	16,4	21,9	53,9	27,1	36,2	39,5
	untere Mittelschicht	27,5	30,3	24,6	33,3	26,9	26,9	29,9	29,1
	obere Mittel- und Oberschicht	43,0	38,5	59,1	44,7	19,2	46,0	33,9	31,5

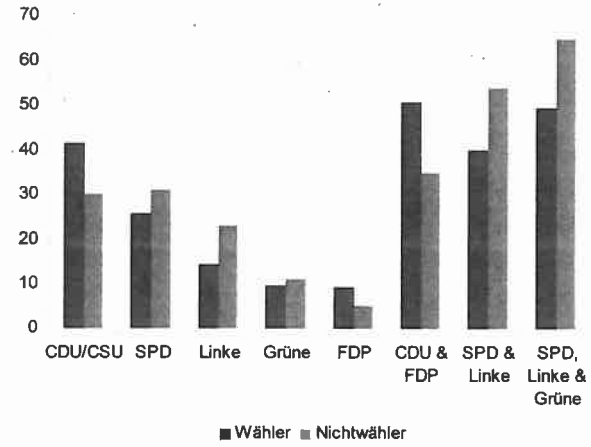
Quelle: GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLES1103_Pre1.3), eigene Berechnung.
Lesebeispiel erste Spalte: Von allen Befragten, die den Unionsparteien nahe stehen, haben 45 Prozent höchstens einen Hauptschulabschluss, 32 Prozent mittlere Reife und 23 Prozent mindestens Fachhochschulreife.

ges Einkommen hat, traut sich dagegen wenig zu und vertraut auch der Politik nicht. Im Gegensatz dazu hängen Parteiidentifikation und Wahlnorm weniger stark vom Einkommen ab. Ebenfalls in allen Grafiken weisen höher Gebildete eine höhere Wahlwahrscheinlichkeit auf, wenngleich die Unterschiede zum Teil gering sind. Einkommen und Bildung fördern jene Werte, die zur politischen Partizipation führen. Gering Gebildeten und Einkommensschwachen fehlen dagegen häufig die motivationalen Voraussetzungen, um wählen zu gehen. Der Hinweis auf mangelndes politisches Interesse oder den Missmut über Parteien allein reicht nicht aus, um zu erfassen, aus welchen sozialen Gruppen sich die Nichtwähler rekrutieren.

5. Unterscheiden sich Wähler und Nichtwähler in ihren Partei- und Politikpräferenzen?

Die Auffassung, die Nichtwähler bildeten einen Querschnitt der Gesellschaft, legt nahe, dass sie sich in sozialer Hinsicht, aber auch in ihren Partei- und Politikpräferenzen nicht oder nur gering von den Wählern unterscheiden. Eine sinkende Wahlbeteiligung würde in diesem Fall die Präferenzaggregation durch Wahlen nicht verzerren. Doch sowohl das räumliche Muster der Nichtwahl als auch die Entwicklung der Wahlabsicht unterschiedlicher

Abbildung 7: Anteil der Parteianhänger bei Wählern und Nichtwählern (BTW 2009)



Quelle: GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLES1103_Pre1.3), eigene Berechnung. Abgefragt wurde, ob man einer Partei »nahe steht«.

Schichten spricht gegen diese Annahme. Deshalb wird im Folgenden der Frage nachgegangen, ob sich Wähler und Nichtwähler in ihren Partei- und Politikpräferenzen unterscheiden.

In Tabelle 1 wird dargestellt, aus welchen Bevölkerungsschichten sich die Parteianhänger – diejenigen, die nach eigener Auskunft einer Partei nahe stehen – rekrutieren. Da Bildungsgrad und subjektive Schichtzugehörigkeit zwar zusammenhängen, aber nicht identisch sind, werden die Parteianhänger nach Bildung und Schicht unterschieden. Die meisten Anhänger von sowohl den Unionsparteien als auch der SPD haben eine geringe formale Bildung, während höher Gebildete seltener diesen Parteien nahe stehen. Ähnliches gilt auch für die Anhänger der Linkspartei. Im Gegensatz dazu finden sich überwiegend höher Gebildete unter den Anhängern der Grünen und der Liberalen. Fasst man die Parteien nach politischen Lagern zusammen, unterscheiden sich die Anhänger von Schwarz-Gelb und Rot-Rot-Grün im Bildungsgrad nicht wesentlich. Zählt man die Grünen nicht zum linken Lager, werden jedoch Unterschiede sichtbar. SPD und Linke sind schwächer bei den höher Gebildeten verankert. Größer sind die Unterschiede, wenn die Parteianhänger nach der subjektiven Schichtzugehörigkeit aufgeteilt werden. Fast jeder zweite Anhänger bürgerlicher Parteien zählt sich

Tabelle 2: Einstellungsunterschiede von Nichtwählern und Wählern

	Nichtwähler	Wähler	t-Wert
(A) gleiche Chance	26,1	33,6	3,3**
(B) Leistung lohnt sich	31,7	40,9	3,8***
(C) was man zum Leben braucht	53,2	62,8	4,0***
(D) gerechter Anteil	25,5	54,3	10,5***
(E) gerechte Gesellschaft	26,8	48,5	8,1***
(F) sozio-ökonomische Dimension	6,2	5,6	3,6***
(G) libertär-autoritäre Dimesion	8,3	7,7	4,3***

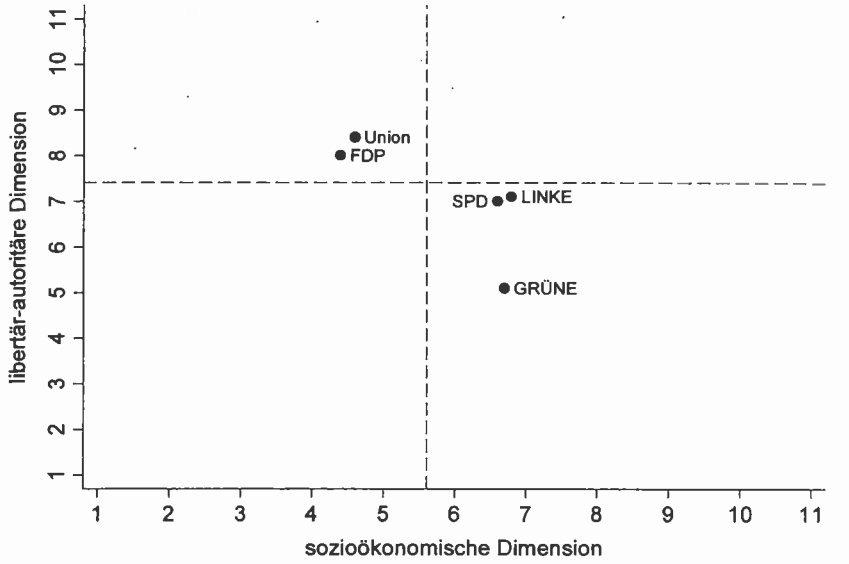
Quelle: GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLES1103_Pre1.3), eigene Berechnung; * p<0,05; ** p<0,01; *** p<0,001.
Anmerkung: In den Zeilen A-E wird jeweils der Anteil derjenigen angegeben, die der Aussage stark oder sehr stark zustimmen. Bei F und G wird die Position auf einer Skala von eins-elf angegeben.
Erläuterung zur ersten Spalte:
(A) In Deutschland haben die Menschen heute alle die gleichen Chancen, um vorwärts zu kommen.
(B) In Deutschland wird heute jeder für seine Leistung belohnt.
(C) In Deutschland bekommt heute jeder, was er zum Leben braucht.
(D) Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten oder glauben Sie das nicht?
(E) Wenn Sie einmal an den Zustand der Gesellschaft in Deutschland denken – wie gerecht oder ungerecht geht es da alles in allem zu?
(F) Soziökonomische Dimension: »Weniger Steuern und Abgaben, auch wenn dies weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet« (1) – »mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet« (11).
(G) Libertär-autoritäre Dimension: »Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden« (1) – »Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden« (11).

selbst zur oberen Mittel- oder zur Oberschicht, während dies nur für knapp ein Drittel der Anhänger von Mitte-Links-Parteien gilt. Dieses Muster legt nahe, dass die Parteien von einer sinkenden Wahlbeteiligung unterschiedlich betroffen sind, da Unionsparteien, Liberale und Grüne mehr Anhänger unter jenen Gruppen haben, die mit höherer Wahrscheinlichkeit wählen.

Dies bestätigt sich, wenn diejenigen, die einer Partei nahe stehen, in Wähler und Nichtwähler eingeteilt werden. Unter den Wählern sind die Parteianhänger von CDU/CSU und FDP stärker vertreten als unter den Nichtwählern (Abbildung 7). Für SPD, Grüne und die Linkspartei gilt das Gegenteil. Das linke Lager hat unter den Nichtwählern mit Parteineigung eine deutliche Mehrheit, während das rechte Lager bei den Wählern mit Parteineigung dominiert.[7] Diese Daten stimmen mit der Erwartung überein, die

7 Ein statistischer Gruppenvergleich von Wählern und Nichtwähler bestätigt, dass diese Unterschiede nicht zufällig sind (t-Wert=3,01; p=0,003; df=1253).

Abbildung 8: Positionierung der Parteianhänger im zweidimensionalen Politikraum



Quelle: GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLES1103_Pre1.3), eigene Berechnung. Die gestrichelten Linien markieren die durchschnittliche Position aller Befragten, die Parteipositionen werden durch die Einstellung der Parteianhänger bestimmt.

sich aus den vorangegangenen Analysen ergeben. Insbesondere SPD und Linkspartei, die die meisten Anhänger bei gering Gebildeten und in niedrigen Schichten haben, gelingt es nicht, dieses Potenzial auszuschöpfen. Am anderen Ende der Skala liegt die FDP. Allerdings sagen diese Zahlen nichts darüber aus, weshalb sich die Wähleranteile unterscheiden. Aus der geringeren Quote der SPD-Anhänger könnte sowohl Enttäuschung über die eigene Partei als auch ein strukturelles Problem sprechen.

Unterscheiden sich die Nichtwähler von den Wählern in ihren politischen Einstellungen? Eine Antwort auf diese Frage ist schwierig, weil in Umfragen selten sowohl Fragen zur politischen Partizipation als auch zu politischen Einstellungen abgefragt werden, die noch dazu Zielkonflikte beachten oder detaillierte Positionen zu unterschiedlichen Sozialprogrammen abfragen. Häufig richten sich Fragen auf allgemeine Gerechtigkeitsvorstellungen, bei denen jedoch eine relativ starke Übereinstimmung besteht. Dennoch lassen sich aus den verfügbaren Daten Hinweise ableiten, wie sich die Nichtwähler von den Wählern unterscheiden. In Tabelle 2 werden die Positionen beider Gruppen miteinander verglichen. In den ersten fünf Zeilen wird dar-

gestellt, wie groß der Anteil derjenigen ist, der einer Aussage zustimmt. In allen Fällen ist die Zustimmung unter den Nichtwählern geringer, wobei die Unterschiede in den ersten drei Fragen moderat sind. So sieht nur eine Minderheit aller Befragten die Gesellschaft als meritokratisch, also leistungsorientiert, und durchlässig an. Deutlich größer sind die Unterschiede beim Gerechtigkeitsempfinden. Nur jeder vierte Nichtwähler glaubt, dass er selbst den gerechten oder mehr als den gerechten Anteil im Vergleich zu anderen erhält, während jeder zweite Wähler dies so sieht. Ebenso ist der Anteil derjenigen, die die Gesellschaft insgesamt als gerecht ansehen, unter den Nichtwählern deutlich geringer als unter den Wählern. Die Wahrnehmung einer Gerechtigkeitslücke übersetzt sich nicht, wie manchmal angenommen wird, in politisches Engagement, sondern führt stattdessen zu Passivität.

Die fünfte und sechste Zeile in Tabelle 2 verorten Wähler und Nichtwähler auf zwei Skalen, die wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Einstellungen abbilden. In der sozioökonomischen Dimension wird gefragt, ob man für niedrigere Steuern ist, auch wenn dies soziale Einschnitte zur Folge hat, oder ob man stattdessen mehr Sozialleistungen bevorzugt, selbst wenn dafür die Steuern erhöht werden müssen. Die gesellschaftspolitische Achse setzt an der Zuwanderung an und fragt, ob der Zuzug von Ausländer erleichtert oder erschwert werden sollte. In beiden Dimensionen weichen die Positionen von Wählern und Nichtwählern voneinander ab. Nichtwähler tendieren zu einer stärken Reglementierung des Zuzugs von Ausländern und befürworten höhere Sozialleistungen. Obwohl diese Unterschiede statistisch signifikant sind, lässt sich hieraus kein grundlegender Interessenskonflikt von Wählern und Nichtwählern ableiten, da beide Gruppen in der Richtung ihrer Politikpräferenz übereinstimmen.

Dass diese Unterschiede dennoch relevant sind, zeigt der Blick auf Abbildung 8. Hier werden die Parteianhänger im zweidimensionalen Politikraum verortet. Die gestrichelten Linien geben den Durchschnittswert aller Befragten an. Man erkennt, dass einerseits die Anhänger der Unionsparteien und der FDP ähnliche Positionen einnehmen, andererseits die Anhänger von SPD und Linkspartei. Die Grünen-Anhänger positionieren sich auf der sozioökonomischen Achse links und haben eine liberale Einstellung zum Zuzug von Ausländern. Ermittelt man die (euklidische) Distanz zwischen der Position von Parteianhängern und allen Befragten, zeigt sich, dass diese bei den SPD-Anhängern am geringsten ist. Dann folgen Linkspartei, FDP, Union und schließlich die Grünen. Die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Positionen von SPD- und Linken-Anhänger stimmen demnach am stärksten

mit den Einstellungen der Gesamtbevölkerung überein. Falls die Parteien den Präferenzen ihrer Anhänger ähneln und die Anhänger linker Parteien aufgrund der ungleichen sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft häufiger zu den Nichtwählern gehören, führt eine niedrige Wahlbeteiligung dazu, dass politische Positionen mehr Gewicht bekommen, die eine größere Distanz zur durchschnittlichen Einstellung der Bevölkerung aufweisen.

6. Fazit

In der öffentlichen Wahrnehmung sind die Nichtwähler in der Mitte der Gesellschaft angekommen und finden sich in allen Schichten. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass sich Prominente und Intellektuelle als Nichtwähler outen. Dennoch trügt er. Zwar finden sich in der wachsenden Gruppe von Nichtwählern Menschen aller sozialen Schichten. Doch daraus zu schließen, dass sich die Wahlverweigerer gleichmäßig über die Gesellschaft verteilen, führt in die Irre. Denn die Wahrscheinlichkeit, nicht wählen zu gehen, unterscheidet sich nach Schichtzugehörigkeit, Einkommen und Bildung. Die Nichtwähler bilden keinen Querschnitt der Bevölkerung. Schriftsteller, Chefredakteure, Hochschulprofessoren oder EU-Beamte sind keine typischen Nichtwähler, auch wenn dieser Eindruck medial vermittelt wird. Sowohl auf der Ebene von Stadtteilen in deutschen Großstädten als auch bei Umfragedaten zeigen sich klare Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und Wahlbeteiligung: Je ärmer ein Stadtteil, desto weniger Wahlberechtigte wählen; und je geringer gebildet Menschen sind, desto seltener wählen sie. Andere Faktoren wie politisches Interesse oder politische Kompetenz, die die Wahlwahrscheinlichkeit beeinflussen, hängen ihrerseits von Einkommen, Bildung und Schichtzugehörigkeit ab. Unter den Uninteressierten, Politikfernen und Enttäuschten finden sich überproportional sozial Schwache.

Wähler und Nichtwähler unterscheiden sich darüber hinaus in ihren Partei- und Politikpräferenzen. Nicht immer stehen ihre Auffassungen in scharfem Konflikt zueinander, aber deckungsgleich sind sie nicht. Nichtwähler empfinden die Gesellschaft als weniger durchlässig und gerecht; sie sind in stärkerem Maß als die Wähler für den Erhalt eines umfassenden Sozialstaats und für die Begrenzung von Zuwanderung. Zudem neigen Nichtwähler stärker Mitte-Links-Parteien zu. Bei einer ungleichen Wahlbeteiligung ha-

ben die sozial Bessergestellten größere Chancen, dass ihre Interessen berücksichtigt werden und Parteien ihrer Wahl obsiegen. Zudem stehen ihnen alternative Wege zur Verfügung, ihre Interessen durchzusetzen. Sie sind zum einen weniger stark auf kollektive Lösungen angewiesen, weil sie beispielsweise Defizite im Bildungs- oder Gesundheitswesen durch den Rückgriff auf private Angebote kompensieren können. Zum anderen nutzen sie viel häufiger als sozial Schwache andere Formen politischen Engagements (Schäfer 2010). Bürgerbewegungen, Demonstrationen, Politikerkontakte oder Petitionen werden von jenen mit höherer Bildung und Einkommen gezielt eingesetzt, wenn ihre Interessen betroffen sind. Angehörige niedriger sozialer Schichten nutzen diese Möglichkeiten dagegen seltener.

Sinkt die Wahlbeteiligung, leidet die Qualität der Demokratie, weil die Nichtwähler nicht der Mitte der Gesellschaft entstammen. Denn die Demokratie ist dem Ideal politischer Gleichheit verpflichtet: Da allen Bürgern die Fähigkeit zugesprochen wird, ihre Interessen selbst am besten beurteilen zu können, verfügt jeder Wahlberechtigte unabhängig von Einkommen, Bildung oder Schichtzugehörigkeit über eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf Dritte oder ein Mehrfachstimmrecht für höher Gebildete sind mit unserem Demokratieverständnis nicht vereinbar. Alle Bürger müssen die gleiche Chance haben, dass ihre Interessen berücksichtigt werden. Wenn jedoch bestimmte Gruppen kaum noch wählen, wenn sie in Parteien und Parlamenten unterrepräsentiert oder gar nicht vertreten sind und wenn ihre Anliegen nur noch indirekt durch Dritte artikuliert werden, gerät das demokratische Ideal politischer Gleichheit in Gefahr. Eine niedrige und sozial ungleiche Wahlbeteiligung kann dazu führen, dass die Interessen der Nichtwähler nicht im selben Maße berücksichtigt werden.

Teil 2: Normalwähler- und Normalwahl-Mythen

Evelyn Bytzek, Sigrid Roßteutscher (Hg.)

Der unbekannte Wähler?

Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.
ISBN 978-3-593-39382-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Copyright © 2011 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlaggestaltung: Campus Verlag, Frankfurt am Main
Umschlagmotiv: photocase/guidhouse
Satz: Campus Verlag, Frankfurt am Main
Druck und Bindung: Beltz Druckpartner, Hemsbach
Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

Inhalt

Moderne Mythen und Fakten über das Wahlverhalten in Deutschland
Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher 7

Teil 1: Mythen des Niedergangs

Jenseits von Links und Rechts:
Spielt Ideologie für Parteien und Wähler keine Rolle mehr?
Philipp Scherer 23

Schwankende Wähler: Gefährden Wechselwähler die Demokratie?
Bernhard Weßels 43

Jugend und Politik: Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs?
Simone Abendschön, Sigrid Roßteutscher 59

Die Personalisierung der Politik:
Entscheiden Spitzenkandidaten Wahlen?
Aiko Wagner 81

Medienwahlkampf: Sind TV-Duelle nur Show und damit nutzlos?
Thorsten Faas, Jürgen Maier 99

Ratlose Zwerge: Sind die Volksparteien am Ende?
Thomas Poguntke 115

Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger:
Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?
Armin Schäfer 133